

Von Putin zu Putin? Inszenierung eines Präsidentenwechsels

Hans-Henning Schröder

In den letzten Wochen ist die russische Politik in Bewegung geraten. Nachdem Putin im September einen neuen Ministerpräsidenten eingesetzt und im Oktober angekündigt hatte, er selbst werde bei den Dumawahlen am 2. Dezember auf Platz 1 der Liste »Einiges Russland« kandidieren, erging sich das politische Moskau bald in Spekulationen über die damit verfolgten Ziele. Die Mehrzahl der Beobachter geht davon aus, dass dies die ersten Schritte eines kontrollierten Präsidentenwechsels sind – eines Wechsels, der jedoch die Macht bei dem bisherigen Amtsinhaber und somit alles beim Alten belässt. Dennoch ist die politische Klasse Russlands von erhöhter Nervosität erfasst. Obwohl Putin deutlich macht, dass er im politischen Prozess weiter eine zentrale Rolle spielen will, ist man sich nicht sicher, ob es zu einer Umverteilung der Kräfte in den Machtzentren kommt. Die politische Balance zwischen den Elitengruppen, die bisher Stabilität garantierte, scheint in Gefahr.

Am 12. September 2007 nahm Präsident Putin das Rücktrittsgesuch von Ministerpräsident Michail Fradkow an und nominierte Viktor Subkow, den Chef der Finanzaufsicht – einen Mann im Pensionsalter –, zu dessen Nachfolger (zu seiner Biographie vgl. den Kasten auf S. 8). Am 14. September bestätigte die Duma den Kandidaten des Präsidenten mit 381 gegen 47 Stimmen.

Regierungswechsel vor den Parlamentswahlen ...

Unmittelbar nach seiner Wahl machte sich der neue Ministerpräsident an die Neubildung der Regierung, die aus Sicht der Amtsinhaber allerdings glimpflich verlief.

Nur drei Ressortchefs mussten gehen: der wirtschaftsliberale Industrie- und Handelsminister German Gref, der ungeliebte Regionalminister Anatolij Jakowlew und der durch Skandale angeschlagene Gesundheitsminister Michail Surabow. Dafür wurde der liberale Finanzminister Aleksej Kudrin unter Beibehaltung seines Amtes zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, und Dmitrij Kozak, der als exzellenter Administrator und dynamischer Vertreter der Liberalen gilt, kehrte als Regionalminister aus dem Nordkaukasus nach Moskau zurück.

Knapp drei Monate vor den Parlamentswahlen am 2. Dezember und sechs Monate vor den Präsidentenwahlen Anfang März

2008 stellt der russische Präsident die Führung des Landes neu auf. Das ist erklärungsbedürftig – in der Bundesrepublik wäre ein analoger Schritt zwölf Wochen vor der Wahl undenkbar.

... eine postsowjetische Tradition?

In der neueren Geschichte Russlands ist ein Regierungswechsel kurz vor der Wahl allerdings nicht ungewöhnlich. Im Mai 1999 hatte »die Familie«, wie man damals die Machtgruppe um Jelzin nannte, den ungeliebten Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow entlassen und an seine Stelle Innenminister Sergej Stepaschin gesetzt. Als dieser nur bedingt erfolgreich war, wechselte man ihn Anfang August – vier Monate vor den Dumawahlen – gegen Putin aus, den Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB. Der 1999 vollzogene Regierungswechsel war erkennbar Teil einer Strategie, die eine Person zum Präsidenten machen sollte, der »die Familie« vertrauen konnte.

Vier Jahre später – im Februar 2004, drei Wochen vor den Präsidentenwahlen – löste Putin Ministerpräsident Michail Kasjanow ab und ersetzte ihn durch den weithin unbekannten Michail Fradkow, der als »technischer Premier« agierte, ohne erkennbare politische Ambitionen. Putin argumentierte, die Wähler sollten wissen, wie sich Politik in Zukunft gestalten würde, und nicht durch einen Regierungswechsel nach der Wahl überrascht werden. Beobachter interpretierten den Schritt seinerzeit als Versuch, die Wähler für den Urnengang zu mobilisieren.

Wenn Präsident Putin nun, im Vorfeld von Parlaments- und Präsidentenwahlen, wiederum den Ministerpräsidenten auswechselt, so muss dies als wohlüberlegter Kunstgriff verstanden werden, der etwas über das politische System und den Charakter von Wahlen aussagt und der etwas über die Strategie verrät, mit der die amtierende Administration Putins Nachfolge inszenieren will.

Wahlen – ohne Einfluss auf die Machtverhältnisse

Wahlen sind ein zentrales Element von Demokratie. Durch Wahlen wird im politischen Wettbewerb geregelt, welche Gruppe für eine begrenzte Zeit die Entscheidungsgewalt innehaben soll. Zugleich verschaffen Wahlen der jeweiligen politischen Führung auch die notwendige Legitimation, Macht auszuüben. Insofern ist es die Regel, dass die Regierungsbildung den Wahlen folgt. Erst nach der Entscheidung des Souveräns – der Wählerschaft – ist klar, wer in der nächsten Legislaturperiode Macht ausüben wird.

In der Russischen Föderation verhalten sich die Dinge etwas anders – sowohl rechtlich als auch praktisch. Die Regierung ist nicht dem Parlament, der Duma, verantwortlich, sondern dem Präsidenten, der auch die Minister ernennt. Nur im Falle des Ministerpräsidenten muss die Personalentscheidung des Präsidenten von der Duma bestätigt werden. Die Auflösung der Regierung ist Sache des Präsidenten, das Parlament hat damit nichts zu tun. Bei Neuwahl des Präsidenten legt die Regierung ihre Vollmachten nieder – durch Dumawahlen wird ihre Tätigkeit nicht berührt. Bereits in der Verfassung ist also die Konzentration der politischen Macht in den Händen des Präsidenten angelegt – und damit auch die Schwäche des Parlaments.

Daher entscheiden die Dumawahlen auch nicht unmittelbar über die Machtverteilung. Die wirkliche Entscheidung fällt bei der Wahl des Präsidenten. Da er von der Bevölkerung direkt gewählt wird, erhält er eine starke Legitimation.

Dumawahlen als Testlauf

Ein Jahr vor den Präsidentenwahlen im Jahr 2000 sah die Situation jedoch etwas anders aus. Damals musste ein Nachfolger für Jelzin gefunden werden, da dieser laut Verfassung nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren durfte. Die Dumawahlen im Dezember 1999 wurden zum Probelauf für die Präsidentenwahl. Im September 1999

holte die vom Jelzin-Clan neu gegründete Partei »Einheit« im ersten Anlauf über 23 Prozent der Wählerstimmen und belegte hinter der Kommunistischen Partei die zweite Stelle. Die Jelzin-Administration zog daraufhin die Wahlen in den März vor und lancierte ihren Kandidaten, den Ministerpräsidenten Putin, indem sie ihn anstelle von Jelzin zum amtierenden Präsidenten machte. Mögliche politische Konkurrenten verzichteten in der Folge auf eine eigene Kandidatur. Putins Wahl war gesichert.

Auch vier Jahre später waren die Dumawahlen im Dezember 2003 de facto eine Vorentscheidung. Nachdem die von der Präsidentialverwaltung geförderte Partei »Einiges Russland« nach einer ebenso fulminanten wie skrupellosen Wahlkampagne in der Duma eine Zweidrittelmehrheit erreicht hatte, trat bei den Präsidentenwahlen kein ernstzunehmender Politiker mehr gegen Putin an.

Die Präsidentenwahlen waren zur Farce geworden, die Parlamentswahlen zum Testlauf. Nach wie vor entschied die Zusammensetzung der Duma nicht über politische Macht. Doch die Dumawahlen wurden zum Stimmungsbarometer, an dem die Machtelite ablas, wieweit das Regime in der Gesellschaft akzeptiert wurde. Wahlen sind in Russland kein Instrument des politischen Wettbewerbs, der Wahlakt verschafft dem Regime dennoch Legitimation. Daher ist die politische Führung an einer ordnungsgemäßen Durchführung und einer hohen Wahlbeteiligung interessiert.

Politik als Elitenkonkurrenz

Es sagt etwas über ein politisches System aus, wenn Wahlen nicht über den Zugang zur Macht entscheiden, wenn politischer Wettbewerb nicht öffentlich stattfindet. Selbst wenn der Wahlvorgang formal korrekt durchgeführt wird, dokumentiert er nicht den Willen des Souveräns – des Wahlvolkes –, das System kann mithin kaum als demokratisch angesprochen werden.

Unter Putin wurden die Spielräume der Gesellschaft zusehends eingeengt. Als

Kompensation organisierte die Präsidentialadministration eine Reihe von Parteien, die relevante Wählergruppen auffangen sollten, und schuf mit der Gesellschaftskammer eine Institution, die mit mehr oder weniger großem Erfolg Zivilgesellschaft simulierte. Gesellschaft war – im Sinne der klassischen Formel, die Dietrich Geyer für die Zeit Katharinas II. geprägt hat – wieder eine »staatliche Veranstaltung«.

Die Putin-Kohorte

Allerdings hat sich in der Amtszeit Putins die Zusammensetzung der Machtelite verschoben. Die Jelzinsche Allianz aus Präsident, Gouverneuren und »Oligarchen« hatte schon 1997 im sogenannten Bankenkrieg, bei dem die Finanzmagnaten über die Modalitäten der Privatisierung lukrativer Staatsbetriebe in Streit gerieten, erste Risse gezeigt. Bei der Frage, wer Nachfolger Jelzins werden sollte, zeichnete sich eine Konfrontation zwischen »der Familie« und einem Bündnis um den Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow und den früheren Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow ab. Die erfolgreiche Einführung des Kandidaten Putin im Vorfeld der Dumawahlen 1999 veranlasste Luschkow und Primakow dann zum Rückzug. Der neugewählte Präsident ging alsbald gegen die »Oligarchen« vor, drängte solche mit politischen Ambitionen wie Gusinskij und Beresowskij aus dem Land oder ließ sie, wie Chodorkowskij, ins Gefängnis werfen. Angehörige des Jelzin-Clans wie Ministerpräsident Kasjanow und Woloschin, den Leiter der Präsidentialverwaltung, entfernte Putin nach und nach aus seiner Umgebung. Dafür plazierte er eine große Zahl von Vertrauten aus dem Geheimdienst und aus seiner Zeit in der Petersburger Stadtverwaltung in Schlüsselpositionen.

Die russische Öffentlichkeit nahm das zunächst als Kampf der »Moskauer« gegen die »Petersburger« wahr. Bald begann man zwischen »Petersburger Juristen/Liberalen« und »Petersburger Tschekisten (Geheimdienstlern)« zu differenzieren. Und nach

Verdrängung der ›Moskauer‹ unterschied man nur noch zwischen ›Liberalen‹ und *silowiki* (Angehörigen von Militär und Geheimdiensten). Ob diese Gruppeneinteilung den realen Verhältnissen entspricht, mag dahingestellt bleiben – der Sozialwissenschaftler Alexander Ausan etwa plädiert dafür, diese schematische Zuordnung aufzugeben und die Machteliten statt dessen nach der Verbindung mit den großen Staatskonzernen (Gazprom, Rosneft, EES Rossii, Russische Eisenbahnen, Sberbank und Rüstungssektor) zu gruppieren. In der Tat ist die Putin-Kohorte inzwischen eng mit der Wirtschaftselite verflochten. Sie hat es verstanden, sich und ihren Verwandten im Lauf der beiden Amtszeiten lukrative Posten in den wichtigsten Großunternehmen zu sichern. In den Putin-Jahren fand auf diese Weise eine ›zweite Umverteilung‹ statt, bei der die Privatisierungsgewinner der Jelzin-Zeit Teile ihrer Beute an Angehörige der Putin-Administration abgaben.

Diese Erfahrung macht die Frage der Nachfolge Putins so brisant. Eine der wichtigeren Aufgaben des russischen Präsidenten ist die Moderation zwischen den Elitefraktionen. Nur wenn es gelingt, die Interessen der verschiedenen Gruppierungen auszubalancieren, kann die Geschlossenheit des Elitenkartells und damit die Stabilität des Regimes erhalten werden. Putin hat diese Aufgabe offenbar zu allgemeiner Zufriedenheit gelöst. Tritt im März 2008 ein anderer Politiker an seine Stelle, dann besteht die Gefahr, dass dieser um der Befriedigung seiner Klientel willen eine ›dritte Umverteilung‹ in Gang setzt. Damit gerieten nicht nur die Erwerbungen der Putin-Kohorte in Gefahr, ein Elitenkonflikt könnte im schlimmsten Fall auch in die Gesellschaft überschlagen und ein ›ukrainisches Szenario‹ auslösen, eine Welle gesellschaftlicher Aktivität. Keine der Elitengruppen hat daran ein Interesse und daher optieren viele ihrer Vertreter für eine (verfassungswidrige) dritte Amtszeit Putins. Dieses Ansinnen aber weist der Amtsinhaber selbst konsequent zurück.

Subkow – Signal für eine Nachfolgeregelung?

Die Frage nach Putins Nachfolger ist seit langem Gegenstand wilder Spekulationen. Hoch gehandelte Kandidaten waren lange Zeit die beiden Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Iwanow und Dimitri Medwedjew, von denen der erste als Kandidat der *silowiki* galt, der zweite als Sprecher der ›Liberalen‹. Aber auch Wladimir Jakunin, der Chef des Russischen Bahnkonzerns, Sergej Naryschkin, ein weiterer Stellvertretender Ministerpräsident, oder Valentina Matwijenko, Gouverneurin von St. Petersburg, sind im Gespräch. Und nun wird auch der neue Ministerpräsident Viktor Subkow zu den möglichen Kandidaten gezählt.

Der politische Wettbewerb zwischen den Kandidaten und den zugehörigen Elitefraktionen wird nicht bei den Wahlen ausgetragen. Die Entscheidung wird vielmehr im Vorfeld ›bei Hofe‹ ausgehandelt, im engeren Umkreis Wladimir Putins. Putin selbst hat sich bei der Frage seiner Nachfolge bedeckt gehalten, auch wenn sie seine gesamte zweite Amtszeit überschattet und die Eliten politisch gelähmt hat – faktisch ist nach 2004 keine der vielen drängenden Reformen energisch vorangetrieben worden.

Für Putin stellt sich vor allem die Frage nach seiner Rolle als Ex-Präsident. Die russische Verfassung ist so angelegt, dass die gesamte Macht beim Präsidenten konzentriert ist – für einen populären Ex-Präsidenten mit politischen Ambitionen ist da kein Platz. Jedem, der im März 2008 zum Präsidenten gewählt wird, muss daran gelegen sein, Putin möglichst rasch zu neutralisieren. Putin seinerseits aber wird nach seinen erfolgreichen Amtszeiten und dem hohen Vertrauensbonus, den er in der Gesellschaft genießt, nicht bereit sein, ohne weiteres in den Hintergrund zu treten.

Im Kontext solcher Überlegungen erscheint Viktor Subkow beinahe als muster-gültiger Nachfolger. Der 66-jährige Agrar- und Finanzfachmann ohne politische Ambitionen wäre der ideale Platzhalter für den

zehn Jahr jüngeren Wladimir Putin. Unter der Ägide seines Vorgängers könnte Subkow vier Jahre als Präsident agieren, um dann wieder Putin Platz zu machen. Ein solches Szenario mit Subkow als Übergangslösung könnte sowohl die Elitenvertreter zufriedenstellen, die eigentlich eine dritte Amtszeit für Putin wünschen, als auch Putin selbst, der im Schlagschatten seines Nachfolgers eine weiterhin einflussreiche politische Rolle spielen könnte, während er sich als Nachfolger des Nachfolgers bereithält.

Bei der Entscheidung für diese Option hängt sehr viel davon ab, ob der neue Ministerpräsident von der Bevölkerung angenommen wird. Denn neben der Moderation von Elitenkonflikten hat der Präsident noch eine zweite Aufgabe, die für die Stabilität des Regimes von erheblicher Relevanz ist: Er muss in der Gesellschaft für das Regime Akzeptanz schaffen. Das ist Putin in seinen beiden Amtszeiten hervorragend gelungen. Sein Image als bescheidener, anständiger, kluger, gesunder und um die kleinen Leute besorgter Staatsdiener hat ihm in der Bevölkerung ein hohes Vertrauensrating beschert. Die *spin doctors* der Präsidentschaftsadministration müssten nun Subkow in ähnlicher Weise als Mann des Volkes aufbauen. Allerdings ist die Situation 2007–2008 unvergleichlich schwieriger als 1999. Das Image Putins wurde als Gegenbild zu dem stammelnden, herzkranken Alkoholiker Jelzin entwickelt, dessen *amigos* Russland als Selbstbedienungsladen betrachteten. Subkow müsste jetzt gewissermaßen als ältere Putin-Version beworben werden. Wenn eine solche Kampagne bis zu den Dumawahlen keinen messbaren Erfolg hat, muss die Putin-Administration doch wieder auf frühere Nachfolgevarianten zurückgreifen: Iwanow, Medwedjew, Jakunin & Co. wären dann erneut im Spiel.

Der Präsident als Ministerpräsident?

Die Spekulationen über eine mögliche Präsidentschaft Subkows erhielten neue Nahrung, als Präsident Wladimir Putin am

Montag, dem 1. Oktober, auf dem Parteitag von »Einiges Russland« seine Bereitschaft erklärte, auf der Liste dieser Partei für das Parlament zu kandidieren. Dabei deutete er an, dass er nicht ausschliesse, später auch das Amt des Ministerpräsidenten anzutreten. Putin wörtlich: »An die Spitze der Regierung zu treten, das ist ein durch und durch realistischer Vorschlag. Doch es ist noch zu früh, um darüber nachzudenken, weil dafür wenigstens zwei Bedingungen erfüllt werden müssen: erstens, »Einiges Russland« muss die Wahlen zur Staatsduma am 2. Dezember dieses Jahres gewinnen, und zweitens, als Präsident muss ein ordentlicher, arbeitsfähiger, effizienter, moderner Mensch gewählt werden, mit dem man im Team arbeiten kann.« Und er schloss seine Rede mit dem Satz: »Deshalb nehme ich dankbar Ihren Vorschlag an, die Liste von »Einiges Russland« anzuführen.« Diese Ankündigung begrüßten die Delegierten mit einer minutenlangen Ovation.

Für die Partei »Einiges Russland« war das in der Tat eine gute Nachricht. Versprochen die Umfragen ihr bisher bei den Dumawahlen eine komfortable absolute Mehrheit, so kann sie jetzt mit einem Erdrutschsieg rechnen. Mit Putin als Zugpferd könnte sie bei den Listenstimmen in die Nähe einer Zweidrittelmehrheit kommen. Diese Aussicht wird auch noch durch eine gewisse Schadenfreude versüßt. Viele Beobachter – und gewiss auch viele Delegierte – verstehen »Einiges Russland« als ein Projekt des Putin-Beraters Wladislaw Surkow, während man die Autorenschaft für das Konkurrenzprojekt »Gerechtes Russland« den *silowiki* zuschreibt – den Geheimdienstlern um Igor Setschin und Viktor Iwanow. Dass der Präsident nun dem Surkow-Projekt durch seine Unterstützung die Weihe erteilt und das wenig erfolgreiche Gegenprojekt übergeht, erfüllt gewiss viele Anhänger von »Einiges Russland« mit Genugtuung.

Putins Ankündigung weist aber zudem über den Wahltag hinaus. Zwei Dinge hat er in seiner Schlussansprache signalisiert: Zum einen macht er deutlich, dass er sich

nach dem Ende seiner Amtszeit nicht aus der Politik zurückziehen und eine Position im Wirtschaftsleben oder im Olympischen Komitee bekleiden wird, sondern weiter aktiv Politik machen will – möglicherweise in einem Regierungsamt. Zum zweiten deutet er an, wie eine Nachfolgeregelung praktisch aussehen könnte – ein schwacher Präsident im Tandem mit einem starken Ministerpräsidenten Putin, der in absehbarer Zeit wieder Präsident werden könnte.

»translatio imperii«

Putins Auftritt auf dem Parteitag liefert nach der Ernennung Viktor Subkows das zweite Indiz, das erkennen lässt, wie sich der Kreis um den Präsidenten die *translatio imperii* – die Übergabe der Herrschaft – vorstellt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass im August in Sotschi ein Drehbuch ausgearbeitet worden ist, das nun Schritt für Schritt umgesetzt wird. Wir sehen die ersten Szenen – den Regierungswechsel und Putin als Spitzenkandidat der Mehrheitspartei – und erahnen das Ende – Putins Auftritt als Wiedergänger, wenn er 2012 oder vielleicht schon 2010 erneut für die Präsidentschaft kandidiert. Für die Zwischenzeit sind verschiedene Szenarien denkbar. Zum Beispiel könnte Putin nach der Dumawahl zurücktreten, um seinen Platz in der Duma einzunehmen – etwa als Dumavorsitzender. Verfassungsgemäß übernimmt dann der Ministerpräsident – Viktor Subkow – kommissarisch das Präsidentenamt. In dieser Funktion könnte Subkow im Januar Putin seinerseits zum Ministerpräsidenten ernennen und dann zur Präsidentenwahl antreten. Mit dem Amtsbonus und im Tandem mit dem einzigen russischen Politiker, der landesweit Vertrauen genießt, kann Subkow die Wahl nicht verlieren. Tritt der 66-Jährige dann nach der ganzen oder der halben Amtszeit zurück, wäre der Weg für Putin wieder frei.

Risiken der Machtübertragung

Dieses Modell birgt für Wladimir Putin allerdings gewisse Risiken. Der Ministerpräsident ist in der russischen Verfassung eine schwache Figur: Er ist nicht mehr als der Sozial- und Wirtschaftsmanager des Präsidenten und diesem verantwortlich. Der Präsident ernennt und entlässt Minister, er ernennt den Ministerpräsidenten (nur in diesem Fall braucht er die Zustimmung des Parlaments). Der Präsident verfügt auch über sämtliche Machtmittel – alle einschlägigen Ressorts (Verteidigung, Inneres, Geheimdienste usw.) unterstehen ihm, nicht dem Ministerpräsidenten. Wenn sich Putin also in eine solche Abhängigkeit begibt, dann muss er dem Präsidenten trauen können – er muss sich darauf verlassen, dass dieser keine eigenen Ambitionen entwickelt. Was sich da abzeichnet, ist schon in hohem Maße eigenartig: ein starker Mann in einem schwachen Amt im Gespann mit einem schwachen Mann in einem starken Amt. Ob dies wirklich funktioniert und ob das politische System dabei nicht weiter Schaden nimmt, steht abzuwarten.

Eins jedoch ist schon jetzt klar. Ebenso wenig wie 1999–2000 werden wir es 2007–2008 mit einem demokratischen Machtwechsel durch Wahlen zu tun haben. Der Übergang von Jelzin zu Putin war wohlgeplant, und der Plan wurde ebenso intelligent wie skrupellos in die Tat umgesetzt. Heute haben wir es abermals mit einer wohlorganisierten Übergabe von Herrschaft zu tun – nur geht man diesmal noch einen Schritt weiter: Am Ende des Prozesses wird die Macht wieder bei dem Politiker angelangt sein, der sie jetzt abgibt.

Kaderkarussell und Clan-Konflikte

Die Ernennung Subkows und Putins Ankündigung riefen in der politischen Klasse Unruhe hervor – Spekulationen über die Planungen der Putin-Administration schossen ins Kraut. Beobachter erwogen eine Vielzahl von Varianten für die Nachfolgeregelung. Insbesondere wurde über Putins

Wechsel ins Amt des Ministerpräsidenten spekuliert. Allerdings wies Gleb Pawlowskij, der manchen als »spin doctor des Kreml«, anderen als notorischer Desinformant gilt, diese Variante als »unwürdig« vehement zurück. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit einer Verfassungsänderung, die den Präsidenten auf eine repräsentative Rolle reduzieren könnte und die eigentliche Macht zum Ministerpräsidenten verschieben würde.

Während die Publizisten über die Technik des Präsidentenwechsels spekulieren, ist im Gefolge der Ernennung Subkows ein Personalkarussell in Gang gekommen, das in der Machtelite offenbar mit einer gewissen Nervosität wahrgenommen wird. Der abgelöste Ministerpräsident Michail Fradkow wurde zum Chef des Auslandsnachrichtendienstes SWR ernannt. Dessen bisheriger Leiter, Sergej Lebedjew, wurde seinerseits neuer Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, ein Repräsentationsposten, für den Alexander Weschnjakow, unlängst als Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission abgelöst, im Gespräch gewesen war. Ausgewechselt wurde auch Andrej Kasmin, der Leiter der in staatlicher Hand befindlichen Sberbank, des größten russischen Geldinstituts. Er wurde zum Chef der Postbehörde ernannt – mit dem Auftrag, eine funktionsfähige Postbank aufzubauen. Als Nachfolger Kasmins ist der frühere Handels- und Industrieminister German Gref im Gespräch. Ein anderes wichtiges Staatsunternehmen, Transneft, das das gesamte Netz der Erdölpipelines kontrolliert, verlor ebenfalls seinen Leiter. Ihm steht nun Nikolaj Tokarew vor, der in den neunziger Jahren Vizepräsident von Transneft war und zuletzt Sarubeschneft leitete, eine Staatsfirma, die russische Ölinteressen im Ausland vertritt. Der ehemalige KGB-Mitarbeiter Tokarew war dem Vernehmen nach während Putins Dienstzeit in Dresden dessen Vorgesetzter. Abgelöst wurde auch der Chef von Rosenergo, der Föderalen Agentur für Energiewirtschaft. Als möglicher Nachfolger wird Sergej Bogdantschikow

gehandelt, der Präsident des Erdölkonzerns Rosneft. Bogdantschikow, der dem Team der *silowiki* zugerechnet wird, hatte eine zentrale Rolle bei der Zerschlagung des Erdölkonzerns Jukos gespielt.

Diese Personalmaßnahmen sind Teil eines Umverteilungsprozesses, bei dem konkurrierende Elitenfraktionen sich im Vorfeld des Präsidentenwechsels bemühen, Personen ihres Vertrauens in Schlüsselpositionen zu schieben.

Ein Signal für die herrschende Nervosität in den Machtetagen war der Namensartikel, den Viktor Tscherkessow, der Chef des Föderalen Dienstes zur Kontrolle des Drogenverkehrs, in die Zeitung »Kommersant« einrückte. Nachdem drei hochrangige Angehörige seiner Behörde unter dem Vorwurf illegalen Abhörens vom Untersuchungsausschuss der Staatsanwaltschaft festgenommen worden waren, warnte Tscherkessow öffentlich vor einem »Krieg« zwischen den Sicherheitsbehörden. Der Artikel löste seinerseits Spekulationen über Gegensätze innerhalb der Gruppe der *silowiki* aus. Wieweit solche Vorstellungen den Tatsachen entsprechen, muss dahingestellt bleiben. Doch Schattenspiele dieser Art illustrieren die Verunsicherung in der politischen Klasse. Der Machtwechsel von Putin zu Putin ist, scheint es, noch nicht ausgestanden.

Genau hinschauen

Die politischen Prozesse, die derzeit in Russland ablaufen, sind vom Ausland kaum zu beeinflussen. Nutzbringende Initiativen, die – wie der »Petersburger Dialog« – das Gespräch mit der Gesellschaft suchen, zielen auf eine nachhaltige Wirkung, haben aber keinen Einfluss auf die kurzfristigen politischen Spiele der Führungsgruppen in Russland. Allerdings ist es von Wert, den Prozess des Präsidentenwechsels genau zu beobachten. Erlaubt er es doch, Rückschlüsse auf die Funktionsweise des Systems zu ziehen und auf die Chancen, die zivilgesellschaftliche Initiativen in den nächsten vier Jahren haben werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Stichworte zur Biographie Viktor Subkows

Viktor Alexejewitsch Subkow wurde am 15. September 1941 in der Siedlung Arbat (Gebiet Swerdlowsk) geboren. 1958–1960 arbeitete er als Schlosser in einem Reparaturbetrieb im Gebiet Murmansk und in einer Nickelgrube. 1960 nahm er das Studium an der Wirtschaftsfakultät des Leningrader Agrarinstituts auf, das er 1965 abschloss. Nach einem zweijährigen Wehrdienst fand er 1967 Anstellung in der Sowchos-Wirtschaft des Leningrader Gebiets, wo er bis 1985 zum Generaldirektor des Sowchsenkonzerns »Perwomajskoe« aufstieg. 1985 wechselte Subkow aus dem Landwirtschaftsmanagement in die Partei- und Sowjetarbeit über.

Nach der Auflösung der Sowjetunion blieb Subkow in der Leningrader bzw. Petersburger Verwaltung tätig. 1992–1993 hatte er die Position des Stellvertretenden Leiters des Komitees für Außenbeziehungen und war damit Stellvertreter Wladimir Putins. Aus dieser Zeit rührt seine Bekanntschaft mit dem russischen Präsidenten.

1993 wechselte Subkow in die Finanzverwaltung und übernahm die Leitung der Steuerinspektion von St. Petersburg. 1999–2001 stand er zugleich als Stellvertretender Finanzminister an der Spitze der Leningrader-Petersburger Territorialverwaltung des Ministeriums.

In dieser Zeit hielt Subkow weiter Kontakt zu Putin, der nach Moskau in die

Präsidialverwaltung gewechselt war. Im Herbst kandidierte Subkow mit Putins Rückendeckung bei den Petersburger Gouverneurswahlen gegen Jakowlew, scheiterte jedoch. An der Spitze seines Wahlkampfstabes stand Boris Gyslow, später Putins Innenminister, heute einer der Führer der Partei »Einiges Russland« und Vorsitzender der Duma.

Am 5. November 2001 ging Subkow nach Moskau und wurde zum Stellvertretenden Finanzminister und Leiter des neugebildeten Komitees für Finanzaufsicht ernannt. Im März 2004 wurde dieses Komitee in den »Föderalen Dienst für Finanzmonitoring« (Rosfinmonitoring) beim Finanzministerium umgewandelt. Aufgabe dieser Behörde ist die Bekämpfung von Geldwäsche.

Da Subkow im September 2006 das 65. Lebensjahr erreicht hatte, wurde im März 2007 seine Ablösung als Chef des Dienstes für Finanzmonitoring diskutiert, doch es kam nicht zur Ernennung eines Nachfolgers. Am 12. September nominierte ihn Präsident Putin zum Ministerpräsidenten.

Subkow gehört seit langem Putins innerem Kreis an und ist als einziger »Petersburger« älter als Putin. Man sagt ihm nach, er habe keine eigenen politischen Ambitionen. Subkow ist verheiratet und hat eine Tochter, die in zweiter Ehe mit Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow verheiratet ist.